

Im Lokalteil

Herrenberg und das Gäu



Ein Wettbüro im Graben-
zentrum in Gärtringen
sorgt für heftige
Diskussionen

Seite 15

Lokales



Das Kreisimpfzentrum
bleibt vorerst zu: Es gibt
schlicht zu wenig
Corona-Impfstoff

Seite 17

Lokale Kultur



Jüdisches Leben in
Deutschland ist ein
Schwerpunkt im neuen
VHS-Programm

Seite 16

Lokalsport



Überraschender
Abschied von Patrick
Gunesch als Trainer der
SF Kayh

Seite 23

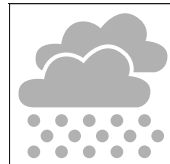
KINDER-NACHRICHTEN

Seite 18

Börse

Dax	Euro Stoxx 50	Euro
13939,71 Pkt. +14,65 Pkt.	3616,51 Pkt. +4,38 Pkt.	1,2166 Dollar +0,005 Cent

Wetter



Mittags 5°
Nachts -2°
Bewölkt und nach Süden
anhaltender Schnee

Lego bald in Stuttgart?

Gute Nachrichten von der
Königstraße: Nachdem
immer mehr Marken der
Einkaufsmeile den Rücken
gekehrt haben, kommt nun
offenbar ein hochkarätiger
Mieter nach Stuttgart.
Demnächst soll die Marke
Lego die Kundschaft in
die City locken.



Fotos: Adobe Stock/Lewis Tse Pui Lung/Simpline, Montage: Kaszkowski

Mehrheit glaubt nicht an Aufschwung in diesem Jahr

BaWü-Check der baden-württembergischen Tageszeitungen: Die Stimmung im Land ist gedämpft, viele kritisieren den Rückstand bei der Digitalisierung und befürchten verödete Innenstädte.

VON DANIEL GRÄFE

STUTTGART. Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg erwartet keinen Wirtschaftsaufschwung in diesem Jahr. 37 Prozent glauben, dass es 2021 „eher bergab“ geht, nur 28 Prozent rechnen mit dem Gegenteil. Die übrigen erwarten keine wesentliche Veränderung. Das ist ein Ergebnis des BaWü-Checks, einer gemeinsamen Umfrage der baden-württembergischen Tageszeitungen, die vom Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) zur wirtschaftlichen Lage im Südwesten durchgeführt wurde.

Das Umfrageergebnis unterscheidet sich damit deutlich von den Prognosen der meisten Konjunkturforscher, die für die deutsche Wirtschaft derzeit ein Wachstum von 3,1 bis 4,2 Prozent vorhersehen.

Zum Zeitpunkt der repräsentativen Umfrage, die zu Beginn des Lockdowns im vergangenen Dezember durchgeführt wurde, sorgte sich jeder Achte um den eigenen Arbeitsplatz. Jeder zehnte Berufstätige im Land war schon einmal in Kurzarbeit, jeder siebte war es zum Zeitpunkt der Befragung. Die wirtschaftlichen Folgen treffen die Bürger aber unterschiedlich stark. „Die schwä-

49

Prozent
der Befragten erwarten, dass die
Bedeutung der Automobilindustrie
in Baden-Württemberg sinkt.

14

Prozent
der Berufstätigen waren zum Zeit-
punkt der Umfrage in Kurzarbeit.

cheren sozialen Schichten mit einem niedrigeren Einkommen und einem niedrigeren Bildungsniveau sind ganz klar überproportional von der Krise betroffen“, sagte IfD-Chefin Renate Köcher.

Der BaWü-Check fragte auch die Meinung zu wesentlichen strukturellen Veränderungen infolge der Krise ab: So befürchtet eine große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger, dass in den Innenstädten infolge von Insolvenzen viele Geschäfte, Restaurants und Cafés verschwinden werden. Vier von zehn Befragten glauben, dass die Citys dadurch dauerhaft an Attraktivität verlieren werden.

Fast 60 Prozent der Befragten glaubt, dass die baden-württembergischen Unternehmen beim Thema Digitalisierung hinterherhinken, nur jeder Fünfte sagt, dass sie gut aufgestellt sind. Kritisch wird mit dem Automobilbau auch eine der Schlüsselindustrien im Land gesehen: Nur 30 Prozent gehen davon aus, dass die Branche auch in den kommenden Jahren zu einer erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung in Baden-Württemberg beitragen wird. Jeder Zweite hingegen erwartet, dass die Bedeutung der Automobilindustrie sinkt.

► Leitartikel

Kretschmann: Härtere Ausgangssperren drohen

Der Ministerpräsident warnt vor Corona-Mutanten.

VON CHRISTINE KECK
UND ARNOLD RIEGER

STUTTGART. Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) hat für den Fall einer weiteren Corona-Ausbreitung eine deutliche Verschärfung der Ausgangssperren angedeutet. „Wenn das richtig aus dem Ruder läuft, wie wir das in London oder so sehen, und wenn das Gesundheitswesen kollabiert, dann muss man drastische Ausgangssperren machen. Das ist dann das einzige Mittel“, sagte er auf einer digitalen Veranstaltung der Grünen-Landtagsfraktion.

Kretschmann warnte auch vor der Gefahr von Mutationen, die „zur Stilllegung weiterer Bereiche der gesamten Wirtschaft“ führen könnten. Deshalb müsse mehr Arbeit im Homeoffice ermöglicht werden. Da sei „noch viel Luft nach oben“. Eine Pflicht zum Homeoffice lehnt er aktuell jedoch ab.

Das Landesgesundheitsamt untersucht Corona-Proben künftig selbst auf Mutationen. Das Land erhofft sich so, bei Verdachts-

fällen schneller reagieren zu können. Bislang mussten Proben von Verdachtsfällen aus dem Land an die Charité nach Berlin geschickt werden. Die Mutationen des Virus aus Südafrika und Großbritannien wurden im Südwesten bereits nachgewiesen.

Im Land sind mittlerweile 76 762 Personen gegen Corona geimpft. Offiziell dürfen sechs Spritzen aus einem Fläschchen Impfstoff von Biontech gewonnen werden. Aber: „Wenn die Spritze exakt aufgezogen wird, sind sieben Dosen drin“, sagte Hans-Jürgen Lipp, Chefapotheker der Uniklinik Tübingen, unserer Zeitung. Experten aus Mannheim und Freiburg bestätigten das.

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) verteidigte im Bundestag die Impfstrategie. „Natürlich ruckelt es bei der größten Impfkampagne der Geschichte“, sagte er. Er warb für eine hohe Impfbereitschaft und für Vertrauen. Die europäische Zusammenarbeit bei der Impfstoffbeschaffung verteidigte er.

► Kommentar

Umfrage: Grüne und CDU im Land gleichauf

Kretschmann ist bei Wählern beliebter
als seine Herausforderin Eisenmann.

STUTTGART. Zwei Monate vor der Landtagswahl in Baden-Württemberg liefern sich Grüne und CDU ein Kopf-an-Kopf-Rennen. Würde der Landtag an diesem Sonntag gewählt werden, kämen die beiden derzeitigen Regierungspartner jeweils auf 30 Prozent. Das geht aus einer Befragung des Meinungsforschungsinstituts Insa im Auftrag der „Bild“-Zeitung hervor. Im Vergleich zur letzten Insa-Umfrage vor zwei Monaten verliert die CDU einen Prozentpunkt und die Grünen gewinnen einen Punkt hinzu.

SPD und AfD liegen laut der Umfrage beide bei zwölf Prozent. Die FDP steigt um einen Punkt von sieben auf acht Prozent. Die Linke wäre mit vier Prozent erneut nicht im Landtag vertreten und erlebt ein Minus von einem Punkt im Vergleich zum November.

Im direkten Vergleich liegt der grüne Regierungschef Winfried Kretschmann (52 Prozent) in der Wählergunst weit vor seiner Herausforderin Kultusministerin Susanne Eisenmann von der CDU (12). Die Landtagswahl findet am 14. März statt. (dpa)

Kommentar

Reicht nicht

Minister Spahn rechtfertigt das
Vorgehen beim Impfen.

VON BERNHARD WALKER

Alle sind Corona-müde, alle sind genervt. Und so blieb Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) keine andere Wahl, als zu tun, was er schon so oft getan hat: Er bat die Bürger eindringlich, durchzuhalten und einander sowie den politisch Verantwortlichen zu vertrauen. Sein Appell ist völlig richtig, weil sich die Pandemie nur gemeinsam bewältigen lässt.

Dabei würde es aber enorm helfen, wenn Berlin den Alltag erleichterte. Warum mussten viele Unternehmer wochenlang auf die Auszahlung der „Novemberhilfen“ warten (manche tun es noch immer)? Warum gibt der Staat seinen riesigen Vorrat an FFP2-Masken nicht an Erzieher in der Notbetreuung ab? Warum sagt Spahn nichts dazu, dass manche Länder die Terminvergabe fürs Impfen nicht auf die Reihe kriegen? Manche Ältere haben Enkel, die das Internet nach einem Termin durchforsten – andere nicht. Kein Wunder also, dass viele Senioren zornig sind. Da wäre schon viel gewonnen, wenn die Älteren wenigstens wüsten, wann sie dran sind – auch wenn das oft noch Wochen dauern wird.

Es wäre auch an der Zeit, dass Spahn prüfte, ob Laien die Schnelltests selbst sicher anwenden können. Falls ja, muss er klären, wie sich die Produktion steigern lässt, und die Tests dann an diejenigen abgeben, die in der Pandemie das Land am Laufen halten – seien es Kassiererinnen oder Ehrenamtler, die sich um andere kümmern. „Wer regiert, muss sich erklären“, meint Spahn. Das stimmt – reicht aber nicht aus. Im Bundestag hat er sich nun mit einer überzeugenden Rede erklärt. Soll jedoch das Vertrauen nicht weiter schwinden, muss Berlin die Lebenswirklichkeit stärker in den Blick nehmen.

bernhard.walker@stzn.de

Nawalny kehrt nach Moskau zurück

MOSKAU. Der nach einem Giftanschlag in Deutschland behandelte russische Oppositionspolitiker und Blogger Alexej Nawalny will in wenigen Tagen nach Russland zurückkehren. Er werde am Sonntag mit einer Maschine der Airline Pobeja am Moskauer Flughafen in Wnukowo landen, erklärte Nawalny in den sozialen Medien. In Russland drohen dem Kreml-Kritiker mehrere umstrittene Prozesse.

Auf Nawalny war im August in Sibirien ein Mordanschlag mit einem Nervengift verübt worden. Anschließend wurde er nach Deutschland ausgeflogen und in der Berliner Charité behandelt. Nawalny wirft dem russischen Geheimdienst vor, hinter seiner Vergiftung mit einem Stoff aus der Nowitschok-Gruppe zu stecken. (AFP)

